

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 23. Juni 2016**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender  
Bürgermeister Dr. Michael Wilke
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Di Prima, Glattacker, Herzog, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Werntaler, Wiesiollek
- Entschuldigt: Denzer, Escher, Heuer
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger  
Fachbereichsleiterin Buchauer  
Fachbereichsleiterin Gerhäuser (18.30-18.35 Uhr)  
Fachbereichsleiterin Dr. Held (19.00-19.55 Uhr)  
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic  
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer  
Fachbereichsleiterin Staub-Abt (ab 18.00 Uhr)  
Fachbereichsleiter Bühler  
Fachbereichsleiter Dullisch  
Fachbereichsleiter Kleinmagd  
Fachbereichsleiter Sproß (bis 18.35 Uhr)  
Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands (bis 19.55 Uhr)  
Betriebsleiter Droll  
Betriebsleiter Langela (ab 18.35 Uhr)  
Stellv. Betriebsleiter Eberhardt  
Geschäftsführerin Ziegler-Jung (ab 18.00 Uhr)  
Frau Busse, FB Medien und Kommunikation (bis 20.00 Uhr)  
Frau von Loeben, FB Straßen/Verkehr/Sicherheit (bis 19.55 Uhr)  
Frau Willeke, Sportkoordinatorin (18.30-18.35 Uhr)  
Herr Dieterle, Jugendreferent (bis 18.35 Uhr)  
Herr Ebner, Innocel GmbH (ab 17.50 Uhr)  
Herr Färber, FB Stadtentwicklung und Stadtplanung  
Herr Lüers, EB Stadtwerke (ab 18.15 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträtin Bachmann-Ade und Stadtrat Werntaler
- Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß
- Beginn: 17.30 Uhr  
Ende: 20.10 Uhr

## **TOP 1**

### **Verabschiedung von Herrn Mario Perinelli aus dem Gemeinderat**

Der Vorsitzende verabschiedet den aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen Stadtrat Mario Perinelli. Er gibt einen Überblick über dessen Tätigkeit im Gemeinderat, dankt für das geleistete kommunalpolitische Engagement und überreicht ihm eine Ehrengabe und ein Präsent der Stadt.

Herr Perinelli erklärt, dass er sich vor allem im Aufsichtsrat der Burghof GmbH mit viel Leidenschaft eingebracht habe. Das Ausscheiden habe er sehr bedauert.

## **TOP 2**

### **Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat von Herrn Peter Jensch**

#### **Vorlage: 085/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung den folgenden Beschluss:

Die Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Herrn Peter Jensch wird aus wichtigem Grund gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 3 GemO anerkannt.

## **TOP 3**

### **Verpflichtung von Herrn Matthias Koesler als Stadtrat**

Der Vorsitzende verpflichtet den in den Gemeinderat nachrückenden Stadtrat Matthias Koesler auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten durch Ablegung des offiziellen Gelöbnisses.

Der Gemeinderat heißt das neue Mitglied im Ratsrund willkommen.

## **TOP 4**

### **Schulentwicklungsplanungsprozess - aktuell diskutierte Szenarien im Überblick zur Festlegung der weiteren Vorgehensweise**

#### **Vorlage: 077/2016**

Der Vorsitzende führt in die Thematik der Vorlage ein und verweist auf den geänderten Beschlussvorschlag. Zwar habe die Verwaltung eine Konzentration auf zwei mögliche Varianten angestrebt, jedoch habe man sich im Einvernehmen mit allen Fraktionen nun doch auf drei verschiedene, mögliche Varianten verständigt. Diese drei Varianten sollen nun nochmals untersucht und deren Vor- und Nachteile erläutert werden. Es werde versucht, die Rahmenbedingungen für die verschiedenen Varianten klar zu erfassen. Die

Entwicklung der gymnasialen Schullandschaft stehe hierbei im Mittelpunkt. Jedoch wolle man auch die anderen Schularten nicht aus den Augen verlieren und stets darauf achten, dass keine Schülerin und kein Schüler verloren gehe. Diesen Grundsatz wolle man bei der Entscheidung über die Schulentwicklungsplanung berücksichtigen.

Bürgermeister Dr. Wilke wolle nochmals auf den nun vorliegenden Beschlussvorschlag eingehen und diesen begründen. Es habe in der Vergangenheit viele Veränderungen und neue Trends gegeben. Bei Eintritt in die Klassenstufe 5 würden mittlerweile rund 60 Prozent aller Kinder auf ein Gymnasium gehen. Andererseits werde es an der Werkrealschule Neumattschule schwierig, überhaupt eine Eingangsklasse 5 anbieten zu können, da nicht in ausreichender Zahl Anmeldungen vorliegen. Im Folgenden erläutere er die nun im Beschlussvorschlag festgehaltenen Varianten 6.2, 7 und 8 anhand einer Präsentation (Anlage 1). Abschließend weist er auch darauf hin, dass bisher noch keine Kooperation zwischen Schulen an der räumlichen Distanz gescheitert sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass prioritär die Entlastung des Campus` Rosenfels angestrebt werde. Die endgültige Entscheidung über die Schulentwicklung solle vom Gemeinderat in der Sitzung am 20. Oktober 2016 getroffen werden. Die Entscheidung werde zwar nicht einfach, aber auch nicht unmöglich werden.

Stadtrat Lusche führt aus, dass Diskussionen zur Schulpolitik immer von einem hohen Grad an Emotionalität begleitet werden. Die Fraktion der CDU wolle alle ernsthaften Argumente in der Debatte berücksichtigen. Die jetzige Eingrenzung von drei möglichen Szenarien sei wichtig. So schaffe man gute Rahmenbedingungen für die weitere Entscheidungsfindung. Es gehe jedoch nicht darum, möglichst wenige Varianten zu beraten, sondern darum, die bestmögliche Lösung für Lörrach zu finden. Lörrach habe auch regional eine Schlüsselposition im Bereich der Bildung. Gut sei, dass man sich hinsichtlich des Standortes Brombach auf ein Realschulmodell einigen konnte. Die Beibehaltung einer Gemeinschaftsschule sei ebenfalls begrüßenswert. Man könne jedoch davon ausgehen, dass der Campus Rosenfels auch deswegen überlastet sei, weil das Campus-Modell erfolgreich ist. Dieses Erfolgsmodell müsse auch in Zukunft erfolgreich bleiben. Für die weitere Entscheidungsfindung brauche es nun auch weitere Entscheidungsgrundlagen. Der angestrebte Zeitraum bis zur Entscheidungsfindung sei gut. Die Fraktion der CDU wolle dem neuvorgelegten Beschlussvorschlag so zustimmen.

Stadtrat Bernnat hält die drei nun vorgelegten Szenarien für gut. Eines davon sei am Ende zu beschließen. Die Überlegungen hinsichtlich des Standorts Brombach seien gut. Ebenso sei ein Verbleib der Gemeinschaftsschule am derzeitigen Standort richtig. Die Entscheidung sei definitiv bis zum 20. Oktober 2016 zu treffen. Länger dürfe man mit der Entscheidung nicht warten. Dies sei man den Schulen, aber auch den Eltern und der gesamten Öffentlichkeit schuldig. Den gegebenen Zeitdruck müsse man nun hinnehmen. Ein rein gymnasialer Campus bleibe weiterhin eine Option. Eine solche Situation dürfe auf keinen Fall als elitär bezeichnet werden. Ein Verbleib der Realschule am Campus und ein Umzug des Hebel-Gymnasiums an den Neumatt-Standort sei ebenso möglich. Auch ein drittes Gymnasium sei vorstellbar. Dadurch könnte auch die erste Säule der Sekundarstufe II der Lörracher Schullandschaft gestärkt werden. Der vorliegende Beschlussvorschlag

schaffe Klarheit. Er hoffe auf eine weiterhin sachliche Diskussion. Die hohe Qualität des Schulstandorts Lörrach müsse bewahrt werden.

Stadträtin Kurfeß zeigt sich erfreut über die Einigkeit hinsichtlich der Einrichtung einer Realschule Plus in Brombach und der Belassung des Gemeinschaftsschulstandortes am Campus Grütt. Die Albert-Schweitzer-Schule solle am bisherigen Standort weiter ausgebaut werden. Bisher sei mit der Gemeinschaftsschule ein eher halbherziger Umgang gepflegt worden. Man müsse abschätzen, wo die Reise hingehen solle. Die Fraktion der Grünen könne sich mit einem rein gymnasialen Campus allerdings noch nicht identifizieren. Auch von der Variante 8 sei die Fraktion der Grünen nicht in Gänze überzeugt, da dadurch auch keine direkte Entlastung des Campus` Grütt erreicht werden könne. Naturgemäß wolle man immer an dem festhalten, was bereits Bestand hat. Klar sei, dass der Neumattstandort sich verändern werde, egal bei welcher Variante. Verschiedene Grundschulen werde man nicht weiter erhalten können. Es könne zudem sein, dass das Regierungspräsidium nicht alle vorgelegten Varianten genehmigt. Die Fraktion der Grünen wolle dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen. Es gehe in erster Linie um eine gute Entscheidung für die Stadt Lörrach.

Stadtrat Claassen signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zu der vorliegenden Beschlussvorlage. In erster Linie sei die Entlastung des Campus` Rosenfels anzustreben. Er persönlich tendiere zu Variante 8. Man müsse sich jedoch die Frage stellen, wohin sich der Standort Neumatt entwickle. Bis zur Entscheidungsfindung bestreite man noch einen längeren Prozess. Vielleicht werde auch gar kein drittes Gymnasium notwendig. Eine Verlegung des Hebel-Gymnasiums an den Neumattstandort wäre jedenfalls dessen Untergang. Ebenfalls müssten die Stellungnahmen des Regierungspräsidiums und des staatlichen Schulamts zu den einzelnen Varianten abgewartet werden.

Stadtrat Pichlhöfer ergänzt, dass man nicht nur über die Gymnasien sprechen und auch die Grundschulen und weiteren Schularten nicht aus den Augen verlieren dürfe.

Stadtrat Kiefer bittet um Korrektur der Vorlage auf Seite 3. Hier müsse die Variante 6.2 ergänzt werden. Er bittet zudem ebenso darum, die Grundschulen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nicht zu vernachlässigen.

Der Vorsitzende sagt die Korrektur der Vorlage auf Seite 3 zu. Die Grundschulen wolle man natürlich auf keinen Fall aus den Augen verlieren und diese auf dem Weg der Schulentwicklung stets mitnehmen.

Stadtrat Lusche bittet darum, ergebnisoffen und nicht schon vorentslossen in die Gespräche mit dem Regierungspräsidium und dem staatlichen Schulamt zu gehen. Auch die Ganztagesthematik müsse bei der weiteren Untersuchung der drei Varianten Berücksichtigung finden.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Tendenz zu mehr Ganztagesangeboten berücksichtigt werde. Das Regierungspräsidium und das staatliche Schulamt seien in den bishe-

rigen Prozess sehr gut eingebunden gewesen und sollen auch weiterhin eingebunden werden. Anfang Juli werde man mit beiden Akteuren weitere Gespräche führen.

Der Gemeinderat fasst sodann, bei einer Enthaltung, einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Szenarien 6.2, 7 und 8 weiter auf ihre Machbarkeit zu untersuchen. Zudem sollen vom Staatlichen Schulamt sowie vom Regierungspräsidium entsprechende Stellungnahmen dazu eingeholt werden. Ziel ist es, im Gemeinderat eine endgültige Entscheidung zum Schulentwicklungsplanungsprozess in der Gemeinderatsitzung am 20. Oktober 2016 treffen zu können.

## **TOP 5**

### **Anpassung/Ergänzung der Richtlinien der Stadt Lörrach über die Gewährung freiwilliger Zuschüsse**

**Vorlage: 053/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die Vorberatung im Hauptausschuss.

Die Stadträtinnen Roßkopf, Bachmann-Ade und Salach sowie Stadtrat Pichlhöfer erklären die Zustimmung im Namen ihrer Fraktionen. Mit der Überarbeitung der Richtlinien werde das bislang schwer nachvollziehbare Thema der freiwilligen Zuschussgewährung transparenter und übersichtlicher geregelt.

Stadtrat Lindemer erkundigt sich, was passiere, wenn eine Flut richtlinienkonformer Zuschussanträge eingehe und, ob nicht die Festlegung eines Budgets oder einer Obergrenze sinnvoll sei. Sportkoordinatorin Willeke und der Vorsitzende verweisen auf den Haushaltsvorbehalt und die letztliche Entscheidung des Gemeinderats über die Zuschussvergabe.

Stadtrat Dr. Vogelpohl nutzt die Gelegenheit um der ausscheidenden Sportkoordinatorin für ihre Arbeit zu danken.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Den überarbeiteten Richtlinien wird in der vorgeschlagenen Fassung zugestimmt.
2. Dem neuen Antragsformular wird zugestimmt.

## TOP 6

### **Vergabekriterien für den Verkauf städtischer unbebauter Gewerbegrundstücke Vorlage: 051/2016**

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor.

Stadtrat Claassen erkundigt sich, ob auch für neugegründete Handwerksunternehmen die Chance für einen Grundstückskauf bestehe und warum das Bewertungskriterium der Wirtschaftskraft lediglich mit 10% angesetzt werde. Geschäftsführerin Ziegler-Jung geht hierauf ein und erklärt, dass es sich bei der beschriebenen Konstellation um einen Sonderfall handeln würde, der praktisch bislang noch nicht vorgekommen sei und für den man eine Lösung finde. Zudem teilt sie mit, dass man das Vergabekriterium der Wirtschaftskraft ganz bewusst nicht in den Vordergrund stellen wolle, um kleineren Handwerksbetrieben, für die das Gebiet geplant wurde, eine Chance zu geben.

Stadtrat Koesler erklärt, dass er sich mit den Vergabekriterien, insbesondere mit der Gewichtung der städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Aspekte mit 35%, nicht identifizieren könne. Geschäftsführerin Ziegler-Jung verdeutlicht, dass es sich bei den Kriterien um ein Instrument zur Ermittlung einer Reihenfolge handle. Die Entscheidung, wer den Zuschlag für ein städtisches Grundstück erhält, treffe der Gemeinderat. Der Vorsitzende ergänzt die Ausführungen und begründet die Berechtigung stadtentwicklungspolitischer Aspekte.

Stadtrat Dr. Vogelpohl bedankt sich für die transparente Beschlussvorlage.

Stadtrat Schlecht hält die Kriterien für gut strukturiert und gewichtet. Er stimmt der Vorlage im Namen der SPD-Fraktion zu.

Stadträtin Kurfeß schließt sich im Namen der Grünen-Fraktion an.

Stadtrat Claassen merkt an, dass die Praxis die Funktionalität zeigen werde. In diesem Zusammenhang bittet er um eine deutliche Prüfung, ob Wohnungen in Gewerbebetrieben erforderlich seien.

Hierauf fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Auswahlverfahren bei der Vergabe städtischer unbebauter Gewerbegrundstücke in der dargestellten Form zu.
2. Es werden besondere Vergabekriterien und Grundsätze der Bewertung festgelegt. Diese sind in Anlage 1 und 2 der Vorlage dargestellt.

## **TOP 7**

### **Kurzstreckentarif und Sozialticket**

#### **Vorlage: 047/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor, der auf den Anträgen der SPD- und der Grünen-Fraktion beruhe.

Bürgermeister Dr. Wilke berichtet ergänzend, dass auf neue Zahlen der Fahrgasterhebung gewartet wurde.

Stadtrat Kiefer hält die Idee eines Sozialtickets grundsätzlich für gut, angesichts der angespannten Haushaltslage werde die CDU-Fraktion jedoch dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Stadträtin Cyperrek pflichtet dem bei. Man wolle keine Minimallösung mit einer Vierfahrtenkarte. Auch ein Sozialticket lasse viele Haushalte mit geringem Einkommen außen vor. Daher stellt sie im Namen der SPD-Fraktion den neuen Antrag auf Einführung eines Citytarifs in Lörrach (Anlage 2).

Stadtrat Wernthaler hält im Namen der Grünen-Fraktion die Forderung nach einem Sozialticket aufrecht.

Stadtrat Claassen verdeutlicht, dass der RVL keinen anderen Tarif wolle und man diesen einfordern müsse. Vom Citytarif könne der RVL profitieren. Hier sollten auch die Marketingeffekte berücksichtigt werden.

Stadtrat Di Prima erklärt die Ablehnung der Beschlussvorlage. Er votiere weiterhin für ein Sozialticket, welches benachteiligten Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermögliche. Das Ticket wäre ein wichtiges sozialpolitisches Signal. Als Kompromiss und Änderungsvorschlag der Beschlussziffer 2 beantragt er die Einführung eines halbjährlichen Sozialtickets für die Wintermonate (Anlage 3).

Stadtrat Schlecht erinnert an die Ausgaben für andere Verkehrsarten und spricht sich für die Investition in den Busverkehr mittels eines Citytarifs aus.

Stadtrat Lindemer kritisiert, dass die Tarife unübersichtlich seien und viele Bürger von der Nutzung des Busses abschrecken würden.

Stadtrat Böhringer bringt an, dass ein ordentliches Angebot auch eine entsprechende Nachfrage generieren würde.

Sodann schlägt der Vorsitzende die getrennte Abstimmung über die beiden Beschlussziffern vor. Er stellt die Beschlussziffer 1 zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 23 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Die Stellungnahme des RVL zum Kurzstreckentarif wird zur Kenntnis genommen. Die Einführung einer ermäßigten Vierfahrtenkarte wird aus Kostengründen nicht weiterverfolgt.

Hierauf lässt der Vorsitzende zunächst über den Antrag von Stadtrat Di Prima abstimmen. Dieser wird mehrheitlich bei 1 Ja-Stimme, 7 Enthaltungen und 22 Gegenstimmen abgelehnt. Der Gemeinderat stimmt sodann über die Beschlussziffer 2 der Beschlussvorlage ab und fasst mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen, 1 Enthaltung und 21 Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

2. Die Einführung eines Sozialtickets wird aus Kostengründen nicht weiterverfolgt.

## **TOP 8**

### **Innenstadtausbau - freiwillige Beteiligung von Anwohnern**

#### **Vorlage: 067a/2016**

Der Vorsitzende stellt den Hintergrund und die Intention der Beschlussvorlage dar.

Die Stadträtinnen Höfler und Cyperrek und die Stadträte Berg und Pichlhöfer stimmen im Namen ihrer Fraktionen der Vorlage zu, gleichwohl sei der Rückzahlungsbetrag schmerzlich. Das Modell der freiwilligen Beteiligung von Anwohnern sei ein Pilotprojekt gewesen und die Situation damals eine andere. Die Stadt müsse aus derartigen Fehlern lernen.

Der Vorsitzende hält die grundsätzliche Idee, dass sich Bürger einbringen, für gut.

Auf Nachfrage von Stadtrat Claassen gehen Fachbereichsleiterin Dr. Held und der Vorsitzende auf die Vertragsgestaltung und die Rückzahlungsmöglichkeit ein.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Eine freiwillige finanzielle Beteiligung von Anwohnern bei der Umgestaltung von bestehenden Straßen im Innenstadtbereich erfolgt zukünftig grundsätzlich nicht mehr. Davon nicht betroffen sind Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Projekten von Investoren durchgeführt und für die städtebauliche Verträge geschlossen werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Anwohnern der Grabenstraße, die sich im Jahr 2008 freiwillig an den Kosten zum Umbau der Grabenstraße beteiligt haben, deren Beteiligungen i.H.v. insgesamt 138.191,57 Euro zurückzuzahlen. Die Betroffenen werden vorab über die geplante Rückzahlung informiert.

## **TOP 9**

### **Sanierungsgebiet "Baumgartnerstraße" - Beschluss zur Erweiterung des Sanierungsgebiets**

**Vorlage: 063/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadträtin Höfler verweist auf die Vorberatung der Vorlage und gibt an, dass alle Fragen im Vorfeld ausgeräumt worden seien. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Oehler gibt an, dass die Fraktion der SPD der Vorlage grundsätzlich zustimmen wolle. Er bittet jedoch darum, den angesetzten Planungssperimeter nochmals zu ändern.

Stadträtin Kurfeß signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Pichlhöfer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Herr Färber erläutert, dass der vorgesehene Planungsparameter nicht einfach verändert werden könne. Für eine Änderung seien mehrere Gespräche mit dem Regierungspräsidium und dem zuständigen Landesministerium sowie weitere Voruntersuchungen notwendig.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt das Sanierungsgebiet „Baumgartnerstraße“ gemäß Lageplan in Anlage 1 der Vorlage als Satzung.
2. Für das Sanierungsgebiet „Baumgartnerstraße“ gelten die „Richtlinien zur Förderung der Sanierung privater Gebäude“.

## **TOP 10**

### **Umgestaltung des Stadtraums Aicheleknotten – Nördliche Basler Straße im Zuge der Umsetzung des Sanierungsgebietes "Baumgartnerstraße"**

**Vorlage: 064/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und verweist auf die intensive Vorberatung in den Ausschüssen.

Stadträtin Höfler erklärt, dass die Fraktion der CDU das Vorhaben nicht ewig blockieren wolle. Gerade die Aufwertung des Bereichs Basler Straße Nord sowie die Kanalarbeiten werden von der Fraktion der CDU unterstützt. Die CDU-Fraktion wolle jedoch aufgrund der angespannten Haushaltslage keine voreiligen Entscheidungen treffen. Die Notwendigkeit von Einsparungen in Höhe von 5 Millionen Euro sei erst vor kurzem wieder von Stadtkämmerer Kleinmagd bekräftigt worden. Von diesem Ziel sei die Stadt noch weit

entfernt. Man müsse sich Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen wirklich dringend notwendig sind. Für die Neugestaltung des Aicheleknötens benötige man rund eine Millionen Euro. Es bedürfe hier einer anderen Lösung. Sie frage, wie lange die Zuschussmittel für die Neugestaltung noch abrufbar seien. Die Fraktion der CDU sehe auch verkehrstechnische Probleme ungelöst. Wichtige Aspekte wie der Neubau des Dienstleistungszentrums beziehungsweise die Entwicklung des Areals des bisherigen Kreiskrankenhauses seien im Rahmen der vorliegenden Planung unberücksichtigt geblieben. Sie bittet die Verwaltung darum, weiterhin das Gespräch mit der IG Velo zu suchen. Zudem solle die Möglichkeit eines Kreisverkehrs nochmals eingehend untersucht werden. Die Stadt müsse in den kommenden Jahren streng haushalten, da große Aufgaben im Bereich der Schulentwicklung und der Kinderbetreuung geleistet werden müssten.

Stadtrat Schlecht betont, dass es keine sachlichen oder fachlichen Gründe gebe, welche eine Ablehnung der Vorlage rechtfertigen würden. Allein für die Neugestaltung des Aicheleknötens benötige die Stadt keinen Gesamtverkehrsplan. Der Aicheleknöten sei ein wichtiger Stadteingang und müsse dringend angegangen werden. Der bisherige Verkehrsknoten müsse aufgelöst und umgestaltet werden. Gerade auch die Wegebeziehungen in die Innenstadt müssten jetzt aufgewertet werden. Die Maßnahme müsse auch deswegen jetzt beschlossen werden, um hohe Fördersummen von Land und Bund abschöpfen zu können.

Stadtrat Wernthaler sagt, dass die Erneuerung der Kanalisation ohnehin angegangen werden müsse. Alleine deswegen müssten die Maßnahmen komplett und in einem Zuge durchgeführt werden. Der Stadteingang Basler Tor habe Ausstrahlung. Die möglichen Zuschüsse dürften nicht leichtfertig gefährdet werden. Die innerstädtische Qualität müsse erhalten und ausgebaut werden. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Claassen führt aus, dass die Straße ohnehin aufgrund der Kanalsanierung geöffnet werde und deshalb die Neugestaltung des Aicheleknötens in einem Zuge durchgeführt werden müsse. Der Meeraner Markt müsse, wie auch von Dr. Acocella im Märkte- und Zentrenkonzept beschrieben, näher an die Innenstadt heranrücken. Auch hinsichtlich des städtischen Parkleitsystems müsse sich bald etwas tun.

Stadtrat Oehler gibt an, dass er eine andere Meinung vertrete als seine Fraktion. Vor allem die verkehrliche Situation sei im Rahmen der vorgelegten Planung unbefriedigend. Er vermisse jegliche Funktionalität. Die dargestellten Berechnungen der Straßen- und Verkehrsplaner würden nicht alle wichtigen Ergebnisse der bisherigen Verkehrszählungen berücksichtigen. Auch der City-Ring sei eine Option für die Zukunft und könne gegebenenfalls realisiert werden. Er schlägt zudem vor, das Stadtplanungsamt um einen professionellen Verkehrsplaner zu ergänzen.

Bürgermeister Dr. Wilke betont, dass die dargestellte Verkehrsvariante gut sei. Sie werde die bisherige Situation entlasten. Man arbeite mit einem renommierten externen Verkehrsplanungsbüro zusammen. Es seien hinsichtlich der abschließenden Planung noch einige Fragen offen, diese werde man noch klären. Man wolle nicht bewusst einen neuen Unfallschwerpunkt schaffen und mache sich über die verkehrliche Situation Gedanken.

Gerade die entstehende Baustelle werde man nicht unterschätzen und suche diesbezüglich bereits jetzt nach guten Lösungen. Man habe nun eine einmalige Chance zum Handeln und Fördermittel abzuschöpfen. Man werde die Straße nicht noch ein zweites Mal aufreißen wollen.

Der Gemeinderat fasst sodann bei 19 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zur städtebaulichen Aufwertung des Eingangs in die Innenstadt im Bereich nördliche Basler Straße weiterzuverfolgen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausführungsplanung für den Aicheleknoten zu erstellen und die gemeinsame Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahmen zusammen mit dem EB Abwasserbeseitigung vorzubereiten.

#### **TOP 11**

##### **Kanalсанierung Aicheleknoten, Basler Straße und Kirchstraße**

**Vorlage: 041/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Das Gremium stimmt der Planung zur Erneuerung der Kanalisation im Aicheleknoten, der Basler Straße zwischen Aicheleknoten und Herrenstraße sowie der Kirchstraße zu.
2. Das Gremium genehmigt die dazugehörige Kostenberechnung.

#### **TOP 12**

##### **Bebauungsplan "Ob dem Dorf II, Änderung 1" - Offenlagebeschluss**

**Vorlage: 033/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Geltungsbereich ist entsprechend dem Lageplan in Anlage 2 der Vorlage anzupassen.
2. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend den Berichten zur frühzeitigen Beteiligung in Anlage 6 und Anlage 7 der Vorlage.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.

## TOP 13

### Abschluss der Jahresrechnung 2015

### Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2016

### Vorlage: 080/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die pauschale Budgetübertragung von 50 % bzw. 100 % wird entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss vom 11.02.2016, Vorlage 019/2016, ausgesetzt.
2. Die Schulbudgets werden hiervon ausgenommen. Es werden jedoch separate Gespräche zwischen der Verwaltung und den Schulleitern über den Beitrag der Schulen zur Haushaltskonsolidierung geführt.
3. Davon abweichend werden Einzelanträge zur Übertragung gemäß Anlage 1 der Vorlage genehmigt.

Die Ermächtigungsübertragungen aus Verwaltungsbudgets betragen

**3.272.895,15 €**

4. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Investitionsmittel kraft Gesetz nach § 21(1) GemHVO übertragen werden:

Laufende Maßnahmen und abgeschlossene, noch nicht abgerechnete Maßnahmen (Anlage 2)

**8.528.372,89 €**

Summe 1. bis 2.

**11.801.268,04 €**

5. Restmittel der Investition „Sanierungsgebiet Teichstraße“ in Höhe von 144.039,72 € werden auf die Maßnahme „Sanierungsgebiet Baumgartnerstraße“ übertragen.
6. Von den Restmitteln der Maßnahme „Grüttparkstadion, Sanierung der Laufbahn“ werden 44.200 € auf die Maßnahme „Sportanlagen im Grütt“ übertragen. Die Gelder sollen für einen Tiefenaerifizierer für Rasenplätze sowie für voraussichtliche Mehrausgaben bei der Beschaffung eines Schleppers verwendet werden.
7. Für die Sanierung der Theodor-Heuss-Realschule werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 28.923,34 € genehmigt.

## **TOP 14**

### **Änderung der Satzung über die Wochenmärkte der Stadt Lörrach**

**Vorlage: 068/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadträtin Höfler führt aus, dass von den Straßenlaternen in der Innenstadt, unter anderem für das Stimmen-Festival und andere Veranstaltungen, auf Kosten des Wochenmarktes Strom gezapft werde. Die Verwaltung habe diesbezüglich versprochen, einen finanziellen Ausgleich von den Veranstaltungsunternehmen zu fordern.<sup>1</sup>

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Wochenmarktsatzung mit Beschluss vom 03. Juli 1997 in Kraft seit 01. Januar 1998, zuletzt geändert mit Beschluss am 17. Dezember 2009, in Kraft seit 28. Dezember 2009, wird in der beigefügten Fassung (Anlage 4) beschlossen.

## **TOP 15**

### **Änderung der Satzung über den Flohmarkt der Stadt Lörrach**

**Vorlage: 072/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Flohmarktsatzung mit Beschluss vom 31. Oktober 1996 in Kraft seit 1. Januar 1997, zuletzt geändert mit Beschluss am 17. November 2004, in Kraft seit 1. Januar 2005, wird in der beigefügten Fassung (Anlage 5) beschlossen.

## **TOP 16**

### **Änderung Friedhofsgebührensatzung - Anpassung zweier Friedhofsgebühren**

**Vorlage: 070/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die beigefügte Änderung der Friedhofsgebührensatzung wird mit dem Wortlaut der Anlage 6 beschlossen.

---

<sup>1</sup> Der Absatz wurde in der Niederschrift auf Wunsch von Stadträtin Höfler ergänzt. Von der Ergänzung hat der Gemeinderat im Wege der Offenlage in seiner Sitzung vom 29. September 2016 Kenntnis genommen.

## **TOP 17**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **17.1**

Der Vorsitzende gibt im Wortlaut bekannt, dass der Gemeinderat am 12. Mai 2016 in nicht öffentlicher Sitzung die Kenntnisnahme eines Berichts zur Entwicklung der Nahversorgung im Gebiet südlich der Ötlinger Straße (Vogelbachareal) und die Neugestaltung des bestehenden REWE-Marktes mit bestandsorientierter Erweiterung der Verkaufsfläche auf maximal 1.200 qm beschlossen habe.

#### **17.2**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die kommende Sitzung des Gemeinderats am 26. Juli 2016 aufgrund der Themenfülle bereits um 17.00 Uhr beginnen werde.

## **TOP 18**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **18.1**

Stadträtin Höfler wolle wissen, wann der Ausbau der Rebgasse in Angriff genommen werde.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass der Ausbau nicht vor Beginn des kommenden Jahres erfolgen werde.

#### **18.2**

Stadtrat Wernthaler bittet darum, die neue Stadtbuslinie 8 intensiv zu bewerben.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

#### **18.3**

Stadtrat Bernnat bittet um einen Sachstandsbericht zur weiteren Entwicklung des „Kamelion-Gebäudes“ im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales.

Der Vorsitzende gibt an, dass ein solcher Sachstandsbericht sicherlich möglich sei.

#### **18.4**

Stadtrat Pichlhöfer weist darauf hin, dass viele Anwohner von der derzeitigen Verkehrssituation in der Oskar-Grether-Straße belastet seien. Er bittet die Verwaltung um eine diesbezügliche Überprüfung.

**TOP 19**  
**Fragestunde der Bürger**

keine

**TOP 20**  
**Offenlegungen**

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 20.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 12. Mai 2016
- 20.2 Annahme/Vermittlung von Kleinspenden vom Juni 2016

**Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:  
gez. Lutz

Urkundspersonen:  
gez. Bachmann-Ade / Werthaler

Schriftführung:  
gez. Heinze / Ockenfuß